

774.0  
500.0 M.A.*Der Schweizerische Botschafter*

Taschkent, 25. Oktober 1993

Herr Staatssekretär,

Bei unserem letzten Gespräch vor meiner Abreise nach Taschkent ersuchten Sie mich, Ihnen im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion über die Verwendung der verfügbaren Osteuropa-/GUS-Kredite im kommenden Jahr aus meiner Sicht eine erste Lagebeurteilung bezüglich Usbekistans zukommen zu lassen.

Aufgrund zahlreicher Gespräche, die ich im Laufe meines nunmehr schon 6-wöchigen Aufenthaltes in Taschkent führen konnte, glaube ich, Ihrem Wunsche heute nachkommen zu können.

Ich fasse meine Ausführungen zur Thematik kurz wie folgt zusammen:

- In meinem nachfolgenden Bericht stütze ich mich hauptsächlich auf Informationen und Eindrücke, die ich aus meinen zahlreichen Gesprächen mit den Botschafterkollegen aller hier bestehenden Vertretungen (z.Zt. 25) wie auch mit den Leitern der wichtigsten Hilfsorganisationen gewann.
- Unter den Zielbereichen der sogenannten politischen Konditionalität gibt nach wie vor die Sparte Menschenrechte / Politische Grundrechte meinen westlichen Kollegen Anlass zur Kritik. Beanstandet werden ferner die Restriktionen im Medienbereich.
- In Bezug auf die Frage, ob deutlichere Zeichen einer Liberalisierung wahrzunehmen sind, sind die Meinungen geteilt. Mehrheitlich wird die Frage aber doch eher bejaht und dem Regime "Lernfähigkeit" attestiert.
- Als zweckmässigstes Mittel zur Einflussnahme im angestrebten Sinne betrachtet man im Kreise der westlichen Kollegen wie auch im Umfeld der UNO den fortwährenden politischen Dialog. Druckmittel wirtschaftlicher Art hält man demgegenüber für höchst fragwürdig. Man ist grösstenteils der Meinung, dass eine aufgeschlossene Haltung der westlichen Länder in der Frage staatlicher Hilfe zur Selbsthilfe gerade im Falle Usbekistans den Reformprozess zu unterstützen und zu beschleunigen vermag. Die westlichen Länder sehen sich in dieser Hinsicht mit starker Konkurrenz aus manch anderen, ideologisch anders ausgerichteten Ländern konfrontiert.

---

Herrn Staatssekretär  
J. Kellenberger

B e r n



Die Frage der sogenannten politischen Konditionalität ist in diplomatischen Kreisen Taschkents ein hoch aktuelles Diskussionsthema. Mit Ausnahme der Türkei schenken die Missionschefs der hiesigen westeuropäischen Vertretungen (zur Zeit BRD, F, GB, I, nebst CH) wie auch der USA den damit verbundenen Fragen grosse Aufmerksamkeit und zeigen sich an einem laufenden Meinungsaustausch stark interessiert. Ebenso hat das Thema für die hiesigen Vertretungen Internationaler Organisationen, so namentlich UNO, Weltbank, EG-Mission, einen hohen Stellenwert.

Jedermann sieht sich indessen mit dem bekannten Dilemma konfrontiert. Auf der einen Seite erscheinen die Entwicklungsperspektiven Usbekistans vielversprechend, und die Voraussetzungen und Ansätze für eine effiziente Hilfe zur Selbsthilfe erweisen sich, wie mir ein Gesprächspartner erklärte, angesichts relativ gut entwickelter Infrastruktur, beachtlich hohem Bildungsniveau, guter Lernfähigkeit und allgemeiner Disposition, sich neue Arbeits- und Produktionsmethoden anzueignen, geradezu "ideal". Andererseits besteht das erklärte Ziel der westlichen Staaten darin, Usbekistan als Unterzeichnerstaat der Helsinkiakte auf einen politischen Kurs zu bringen, aufgrund dessen es als vertretbar erscheinen kann, Usbekistan die für die Entwicklung dringend benötigte öffentliche Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen.

Um den westlichen Erwartungen zu genügen, hat Usbekistan nach einhelliger Auffassung meiner Kollegen - nur der Vertreter der Türkei bildet auch hier eine Ausnahme - noch einiges nachzuholen. Zu Beanstandungen gibt vor allem der mangelnde Respekt der Menschenrechte Anlass. Gerügt wird immer und immer wieder der schonungslose Umgang der Sicherheitskräfte mit der relativ schwachen politischen Opposition. Erkundigt man sich nach konkreten Vorfällen und Indizien, so werden einem immer wieder die bekannten Vorkommnisse vom vergangenen wie auch vom laufenden Jahr in Erinnerung gerufen. Jüngst soll es wiederum zu gravierenderen Zwischenfällen gekommen sein. Die meisten dieser Zwischenfälle tragen ähnliche Züge. Wenn sich bestimmte und der Polizei wohlbekannte Wortführer der Opposition wieder einmal manifestieren, riskieren sie, von der Polizei verprügelt und vorübergehend auch in Haft genommen zu werden. Dies nicht nur als Strafe, sondern gewissermassen auch als Warnung für Gesinnungsgenossen. Verlässlicheres ist über derartige Vorkommnisse im allgemeinen wenig zu erfahren. Polizei und Staatsanwalt sind für solche Fragen kaum ansprechbar, und die Opfer solcher polizeilicher Massnahmen wie auch deren Angehörige und Gesinnungsgenossen neigen, wie ein Kollege meinte, vielfach wohl auch zu gewissen Uebertreibungen. Wie dem auch sei, das Faktum politischer Verfolgung von Regimegegnern in diversen Spielformen ist erwiesen und darf nicht übersehen werden.

Das Thema bildet denn auch immer wieder Diskussionsstoff in den Gesprächen zwischen westlichen und usbekischen Regierungsvertretern. Usbekischerseits vertritt man den Standpunkt, die in Frage stehenden Oppositionellen weigerten sich, einen konstruktiven Dialog mit den usbekischen Behörden anzustreben, wofür es auch im heutigen Usbekistan mancherlei Möglichkeiten gebe - was nota bene nicht schlechthin in Abrede gestellt werden kann -. Statt dessen hätten sie es auf Unruhestiftung und Destabilisierung des Regimes abgesehen. Es handle sich im übrigen eher um

marginale Elemente, die jedoch nicht ungefährlich seien, weil ihnen jegliches Mittel des politischen Kampfes recht sei und diese selbst vor Waffengewalt nicht zurückschreckten. Den Verteidigern der Menschenrechte werden immer auch die Gefahren vor Augen geführt, mit welchen sich das junge Usbekistan angeblich konfrontiert sieht: reaktionäre Kräfte des alten Regimes, wie sie gerade jüngst wieder in Moskau in Erscheinung getreten sind, der islamische Fundamentalismus, virulent in der südlichen Nachbarregion und auch in Usbekistan latent spürbar, rassistische Ausschreitungen, wie sie 1991 im Ferganatal aufflammten und Hunderte von Todesopfern unter der meskitischen Minderheit forderten, ähnliche Ausschreitungen im tajikischen Ost, unter denen die dortige usbekische Minderheit schwer zu leiden hatte.

Usbekischerseits konfrontiert man die westlichen Gesprächspartner mit den Krisenherden und blutigen Auseinandersetzungen im tajikisch-afghanischen Grenzgebiet, im Kaukasus und im ehemaligen Jugoslawien. Demgegenüber herrschten, so wird usbekischerseits argumentiert, dank stabilem und zielbewusstem Regime in Usbekistan geordnete Verhältnisse, die es möglich machten, dem jungen Staatswesen Fortschritt und Wohlfahrt zu sichern.

Meinen westlichen Kollegen habe ich immer auch die Frage gestellt, ob in der usbekischen Denkweise wenigstens eine gewisse Evolution wahrnehmbar sei. Der französische wie auch der amerikanische Missionschef glauben, in der Grundeinstellung der usbekischen Regierung sei auch in jüngerer Zeit kaum irgendwelche Veränderung zu erkennen gewesen. Verbal zeige man sich zwar etwas verbindlicher, doch habe dies wohl wenig zu bedeuten. Andere Kollegen sind dagegen der Auffassung, dass besonders nach der Menschenrechtskonferenz von Wien vom vergangenen Frühling eine neue Art von Denkprozess eingesetzt habe. Auch die Mission der schwedischen Aussenministerin, Frau Av Ugglas, die im Auftrag der KSZE im letzten Juni Taschkent besuchte, sei dem Dialog über Fragen der Menschenrechte und der politischen Institutionen in Usbekistan förderlich gewesen. Schwierigkeiten hätte es damals allerdings noch bei der Durchsetzung ihres Wunsches gegeben, sich mit Vertretern jener politischen Opposition zu treffen, die vom Regime nicht als solche anerkannt wird. Seitdem scheinen aber die usbekischen Behörden doch eine flexiblere Haltung einzunehmen. Der britischen Vertretung ist es gelungen, vorige Woche anlässlich des Besuches von Vize-Aussenminister Hogg Vertreter der Behörden wie auch der Opposition zu einem gemeinsamen Gespräch an einen Tisch zu bringen.

Trotz mancherlei Vorbehalten steht mein französischer Kollege unter dem Eindruck, dass das behördliche Informationswesen im Laufe der letzten sechs Monate entkrampftere und aufgeschlossener Züge angenommen hat. Journalisten finden heutzutage viel leichter Zutritt zu den diversen Behördstellen und sogar zu Ministern. Die Folge sei, dass die Berichterstattung über Usbekistan in den internationalen Massenmedien besser und differenzierter geworden sei.

Geschäftsleute und Diplomaten, die die zentralasiatische Region in den vergangenen zwei Jahren aus eigener Anschauung etwas besser kennengelernt haben, sind der Auffassung, dass das politische Klima Usbekistans sich geradezu vorteilhaft abhebe im Vergleich etwa zu Turkmenistan. Das usbekische Regime ist zweifellos durch die Persönlichkeit von Präsident Karimov stark

geprägt. Von einem Personenkult, wie er um die Person des turkmenischen Präsidenten getrieben wird, und wie dieser auf das ganze Regime abfärbt, ist in Usbekistan hingegen nichts Vergleichbares wahrzunehmen.

Der erste Auftritt von Präsident Karimov und seine Rede vor der UNO-Generalversammlung von Ende September werden in hiesigen diplomatischen Kreisen als ein weiteres Indiz dafür angesehen, dass Usbekistan die Zeichen, die ihm mit der sogenannten politischen Konditionalität erteilt wurden, besser zu verstehen beginnt und geneigt erscheint, dem Gehalt seiner 1992 verabschiedeten Verfassung allmählich doch vermehrte Nachachtung zu verschaffen.

Auf Seiten der westlichen Vertreter in Taschkent ist man einhellig der Meinung, mittels anhaltendem politischem Dialog könnte es am ehesten gelingen, die Einsicht in Sinn und Zweckmässigkeit von Korrekturen des Regimes in Usbekistan zu fördern. Damit bestünde am ehesten Gewähr dafür, dass sich die Lage in sensitiven Bereichen, wie dem der Menschenrechte und der politische Grundrechte, bessern könnte und andere Makel, so namentlich das Staatsmonopol von TV, Radio und Presse und damit verbundene Restriktionen bezüglich der Presse- und Publikationsfreiheit sich verflüchtigen würden.

Dass man westlicherseits allgemein weniger geneigt ist, mit Druckmitteln wirtschaftlicher Art den Prozess zu beschleunigen, zeigen vielerlei erste Beobachtungen. Diverse Hilfsorganisationen der UNO, die Weltbank, die BIRD, die EG (TACIS-Programm) u.a.m. sehen vielfältige und vielversprechende Möglichkeiten und Ansätze für einen effizienten Beitrag zur nötigen Entwicklung Usbekistans. TACIS rühmt sich, das grösste Hilfswerk für die GUS-Staaten in Gang gebracht zu haben; und was Usbekistan im besonderen anbetrifft, so scheint TACIS, wie das vorige Woche an das Büro für Zusammenarbeit mit Osteuropa übermittelte "Teilprogramm Usbekistan" zeigt, auch meinem Residenzland gegenüber punkto Zusammenarbeitsbereitschaft sich keine besondere Zurückhaltung auferlegen zu wollen. Untereinander wie auch im Verhältnis zu Ländern wie Japan, Indien, Pakistan, Israel, Iran, Türkei und arabischen Ländern sehen sich die westlichen Staaten nicht nur im privatwirtschaftlichen, sondern namentlich auch im staatlichen Bereich (TZ) starker Konkurrenz ausgesetzt. Selbst mein amerikanischer Kollege, auffallend streng eingestellt in Fragen der Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft, legt sich keinerlei Zurückhaltung auf, wenn es darum geht, für amerikanische Interessen im vielversprechenden usbekischen Minen-, Gas- und Petrosektor freien Weg zu bahnen. Von ihm vernahm ich zudem, dass man amerikanischerseits für die bedachte und langsamere Art und Weise, wie die usbekische Regierung die Wirtschaftsreform zu bewerkstelligen sucht, Verständnis habe und man der Meinung sei, dass dadurch Fehler und Fehlentwicklungen eher vermieden werden könnten, wie sie im Falle von Kasachstan wegen der übereilten und ungestümen Liberalisierung mittelfristig zu befürchten wären.

Dem möchte ich noch beifügen, dass in den vergangenen zwei Jahren ein Grossteil der Wohnungen, der Landwirtschaft (ausgenommen Baumwolle) so wie auch Kleinhandel und Kleingewerbe privatisiert wurden und sich jetzt nach marktwirtschaftlichen Spiel-

regeln zu richten haben. Zur Zeit wird unter Mitwirkung der Weltbank und des amerikanischen Unternehmens Price & Waterhouse an der Vorbereitung eines Konzeptes zur Privatisierung der staatlichen Grossunternehmen gearbeitet. Man hofft, anfangs des nächsten Jahres schon mit der Durchführung dieses Programmes beginnen zu können.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass gerade in diesen Tagen eine Vierer-Delegation unseres Dienstes für Katastrophenhilfe unter der Leitung von Herrn Amberg in Usbekistan weilte, um die Bedingungen für eine schweizerische Beteiligung an Projekten zur Aufbereitung von Trinkwasser in der Gegend des Aralsees abzuklären. Die Delegation äusserte sich mir gegenüber sehr positiv über die Behandlung, die ihr usbekischerseits zuteil wurde, wie auch über die Möglichkeiten zu konkreter Zusammenarbeit mit Usbekistan im erwähnten Bereiche. Umgekehrt zeigte sich auch die usbekische Seite beeindruckt von der Sachkompetenz der schweizerischen Delegation und von der Art und Weise, wie sie die Aufgabe anpackte.

Ich hoffe, Ihnen mit den vorstehenden Darlegungen ein erstes, wenn auch sehr allgemeines Bild der derzeitigen Lage in Usbekistan vermittelt zu haben, und damit einen Beitrag zur Klärung aktueller Fragen unserer Osteuropa-/GUS-Hilfe leisten zu können. Selbstverständlich werde ich diesen Fragen weiterhin meine besondere Aufmerksamkeit schenken und Ihnen zur gegebenen Zeit erneut wieder berichten.

Ich versichere Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter

  
(P. Wipfli)